

Der Niedriglohnsektor in Deutschland wächst – vor allem Frauen sind trotz Arbeit von Armut betroffen



6 bis 6,10 Euro beträgt der niedrigste Tariflohn für acht Stunden pro Tag bei einer 40-Stunden-Woche im Bewachungsgewerbe in Bremen. Das ergibt einen Monatslohn von 1057 bis 1039 Euro. Betroffen sind Berufsanfänger dieser Branche.



Niedrig sind die Löhne in den Blumenläden der Stadt. Wer in Bremen 39 Stunden pro Woche als Floristin arbeitet, muss in der niedrigsten Tarifgruppe mit 5,97 Euro zurechtkommen. Der Monatslohn liegt bei 1009 Euro. Der Tarif gilt seit 2004.



Arbeiter und Angestellte im Fleischerhandwerk bekommen in Niedersachsen und Bremen im ungünstigsten Fall 6,31 beziehungsweise 6,33 Euro pro Stunde bei 37 Stunden pro Woche. Macht in der Summe 1009 bis 1012 Euro pro Monat.



Wer als Angestellter Gebäude reinigt bekommt in Niedersachsen mindestens einen Lohn, der knapp über dem Existenzminimum liegt. Für 39 Stunden pro Woche werden 8,15 Euro pro Stunde gezahlt. Das entspricht 1377 Euro pro Monat.



Friseur in Bremen und Niedersachsen verdienen in der niedrigsten Tarifgruppe seit April 2008 6,57 Euro pro Stunde bei einer 38-Stunden-Woche. Das entspricht einem Monatslohn von 1084 Euro. Quelle: WSI-Tarifarchiv der Böckler-Stiftung

Wenn der Lohn nicht zum Leben reicht

Von Tina Groll

Bremen. 20 Millionen Euro hat sich Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel auszahlen lassen, seine Altersversorgung, die ihm aus seiner Tätigkeit zusteht. Wolfgang Klein, Vorstandschef der Postbank kam 2008 auf eine Jahresvergütung von 3,3 Millionen Euro. 2,4 Millionen davon waren Bonuszahlungen, die er bekam, obwohl die Bank 821 Millionen Euro Minus machte. Solche Zahlen sind den Menschen am unteren Ende der Einkommensskala vollkommen fremd. Wer mit 1000 bis 1200 Euro pro Monat nach Hause geht, dürfte die Debatten um Zumwinkel und Klein als reinen Hohn empfinden. Die Zahl dieser Menschen nimmt weiter zu. Ihre Probleme verschärfen sich durch die Finanzkrise noch einmal.

Sie hat studiert, sie hat ein Kind groß gezogen, sie hat gearbeitet – aber der soziale Aufstieg ist nie erfolgt. „Als alleinerziehende Mutter war ich auch trotz Studium auf dem Arbeitsmarkt abgehängt“, sagt Magdalena Henkel (Name geändert). Nach langjähriger Arbeitslosigkeit hat sie heute zwar wieder einen Job, der ist aber im Niedriglohnsektor angesiedelt. Ohne aufstockendes Arbeitslosengeld II würde die 55-Jährige mit ihren 1220 Euro brutto im Monat nicht über die Runden kommen.

Wie ihr geht es vielen Deutschen. Die Anzahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse wächst stetig – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise. „Die prekären Beschäftigungsverhältnisse werden ansteigen“, prognostiziert der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel. Es sind vor allem Frauen, die unter diesen Bedingungen arbeiten. Sie stellen 60 Prozent der Geringverdiener, aber nur 35 Prozent der Vollzeit-Beschäftigten. Problematisch daran ist: Sie machen auch das Gros der Vollzeit Arbeitenden, aber gering Verdienenden aus. „Das ist eine echte strukturelle Diskriminierung der Frauen“, sagt Hickel. Dennoch seien es die Männer, die besonders unter der Wirtschaftskrise leiden. „Jetzt finden Entlassungen in den klassischen Männerjobs statt. Das waren sichere, gut bezahlte Vollzeitstellen“, erklärt der Experte. Den Niedriglohnsektor, in dem überwiegend Frauen arbeiten, trafe es – noch – nicht so stark, auch wenn Schätzungen zufolge rund eine halbe Million Leiharbeiter ihre Jobs verlieren. Zwei Drittel von ihnen sind männlich.

Leben von Auftrag zu Auftrag

Entlassen wurde auch Stefan Meier (Name geändert): Der 36-Jährige hat seit seiner Ausbildung zum Bürokaufmann Anfang der 90er Jahre keine existenzsichernde Tätigkeit ausgeübt. Monate der Arbeitslosigkeit wechselten mit Monaten, in denen er Qualifizierungsmaßnahmen machte oder in Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen tätig war – 2001 heuerte Meier bei einer Leiharbeitsfirma an.

Meist musste er jedoch aufstockende Sozialleistungen beantragen, um überleben zu können. Stefan Meier hat Hunderte von Bewerbungen geschrieben, das Arbeitsamt hat ihm Computer- und Sprachkurse finanziert – aber einen festen Job hat er nicht bekommen. Unter dem Leben unter prekären Arbeitsverhältnissen hat auch sein soziales Leben gelitten. Freizeitaktivitäten, Kinobesuche, Urlaub – an all das war nie zu denken. Sein Einzimmer-Appartement ist mit



Sein Einkommen bewegt sich in Regionen, von denen andere noch nicht einmal träumen können: der verurteilte Steuersünder Klaus Zumwinkel (mit seinen Anwälten vor Gericht). FOTO: DPA

den geerbten Möbeln eingerichtet, ein Auto hat er noch nie besessen, eine Freundin seit Jahren nicht gehabt. Das Leben ohne Job hat seine Spuren hinterlassen, nicht nur an den abgeknabberten Fingernägeln. „Für Frauen bin ich als Langzeitarbeitsloser doch nicht attraktiv“, glaubt Stefan Meier. Jemals Familie gründen zu können, dieses Lebensziel hat er für sich abgeschrieben.

Auch Magdalena Henkel hat viele Träume aufgegeben – zum Beispiel den einer Altersvorsorge. „Wenn ich in den zehn Jahren bis zur Rente noch den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen würde – dann könnte ich eine Rente erarbeiten, die nahezu auf der Armutsgrenze liegt“, rechnet die Bremerin vor.

Verbittert sei sie nicht, aber ihr Arbeitsleben klingt nach einem Dauerdasein im Schwebezustand. Die 55-Jährige machte als junge Frau eine Ausbildung zur Medizinisch-Technischen Assistentin (MTA) und arbeitete einige Jahre aus in diesem Beruf. „Dann entschied ich mich für ein sozialwissenschaftliches Studium“, erinnert sie sich.

Damals war sie Anfang 30. An der Uni lernte sie ihren Mann kennen – und wurde schwanger. Henkel schloss ihr Studium ab, aber die Ehe zerbrach. Als alleinerziehende junge Mutter mit einem sozialwissenschaftlichen Studienabschluss gestaltete sich die Jobsuche als schwierig.

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem auf ein Jahr befristeten Teilzeitjob wurde sie schließlich fündig. Es sollte eine der wenigen Stellen sein, die sie überhaupt auf dem ersten Arbeitsmarkt hatte. Nach einem Jahr war Schluss. „Ich habe unzählige Bewerbungen geschrieben. Aber als alleinerziehende Mutter hatte ich schlechte Chancen“, glaubt die Bremerin. Phasen der Arbeitslosigkeit wechselten mit Phasen, in denen sie in befristeten Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen tätig war. „Ich habe aber immer gedacht, wenn mein Kind erst groß sei – dass ich dann noch einige Jahre hätte, um noch Vollzeit zu arbeiten und ein Durchschnittseinkommen haben zu können“, sagt Magdalena Henkel.

Ein Durchschnittseinkommen – das ist der

Traum vieler Angestellter im Niedriglohnsektor. „Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, muss mindestens zehn Euro in der Stunde verdienen. Alles andere ist nicht existenzsichernd!“, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Hickel. Er ärgert sich, dass der Niedriglohnsektor stetig wächst. „Diese Deregulierung war eine gewollte Politik unter Rot-Grün. Man kann sagen, dass sie nun die Einführung von Mindestlöhnen erzwingt“, sagt der Experte.

Mindestlohn – davon träumt auch Magdalena Henkel. Ihre Hoffnungen auf eine mit einem Minimum an Lohn bezahlten, festen Stelle haben sich nicht erfüllt. Auch ein Aufbaustudium sowie soziales und politisches Engagement halfen ihr nicht weiter. Am meisten machen ihr die ständigen Geldsorgen zu schaffen. „Davon hat meine Tochter viel mitbekommen. Sie hat als Kind auch unter unserer Situation gelitten, aber ich habe immer versucht, sie die finanziellen Engpässe nicht spüren zu lassen“, schildert sie.

Die Geschichte von Magdalena Henkel ist typisch – aus den prekären Beschäftigungsverhältnissen schaffen nur wenige den sozialen Aufstieg. Der Niedriglohnsektor ist eine Sackgasse in die Armut. Gelang schon vor 20 Jahren nur jedem fünften der Aufstieg in besser bezahlte, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse, so schafft es heute nur noch jeder zwölfte, so eine Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen. Selbst von den Akademikern mit geringem Verdienst übersprangen 2005 lediglich 18 Prozent die Niedriglohngrenze.

Die „sinkende Aufwärtsmobilität“ erklärt das IAQ unter anderem mit der Outsourcing-Politik der Unternehmen und dem Einsatz von Leiharbeit: Wer nicht beim jeweiligen Unternehmen selbst angestellt ist, dem sei der innerbetriebliche Aufstieg verbaut. Auch der faktisch existierende Kombi-Lohn – Arbeitslosengeld II plus Teilzeitjob – halte die Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Der Traum vom Mindestlohn

Könnte denn ein Mindestlohn etwas ändern? Die Debatte für oder gegen den Mindestlohn wird schon seit Jahren kontrovers geführt. Befürworter argumentieren, dass gering qualifizierte Mitarbeiter nur einen bescheidenen Beitrag zur Wertschöpfung leisten und deshalb nur gering entlohnt werden könnten – sonst wären die Arbeitgeber gezwungen, sie zu entlassen. Der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel ist ein erklärter Befürworter für den Mindestlohn. „Fast alle Studien zeigen, dass sich die Einführung eines Mindestlohn motivations-, produktions- und beschäftigungssteigernd auswirkt“, erklärt er.

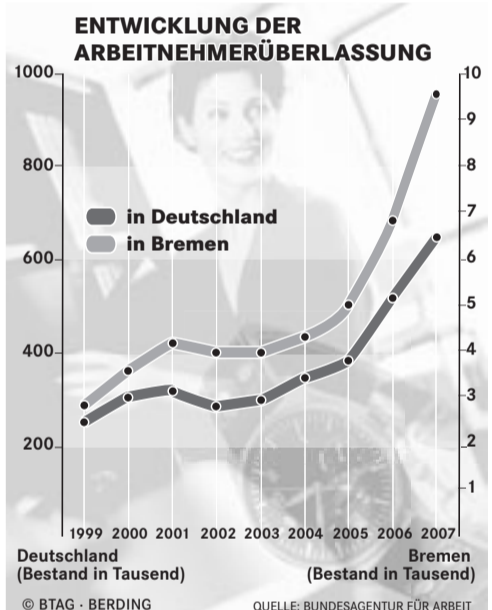
Magdalena Henkel glaubt derweil nicht, dass selbst die Einführung eines Mindestlohns ihr noch eine unbefristete, existenzsichernde Arbeitsstelle bringen könnte. Am meisten würde sie sich wieder mehr Solidarität in der Gesellschaft wünschen. „Es herrscht ein harter Konkurrenzkampf in den Betrieben, jeder ist gegen jeden – das ist der große Nachteil dieser Leistungsgesellschaft“, glaubt sie. Stefan Meier würde seinen Beitrag zur Leistungsgesellschaft gerne erbringen. „Ich habe nie den Einstieg ins richtige Berufsleben geschafft – und in Zeiten der Wirtschaftskrise gilt jemand wie ich als unvermittelbarer Langzeitarbeitsloser.“

Leiharbeit nimmt beständig zu

Bremen (tgr). Der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse unter prekären Bedingungen wächst stetig. Allein im Jahr 2007 wurden 550000 neue Jobs im Niedriglohnsektor, als Leih- und Zeitarbeitsstellen und als Minijobs geschaffen. Das ist fast jeder zweite neue Job in Deutschland.

Sind Minijobs, Stellen im Niedriglohnsektor und auch ein großer Teil von Zeitarbeitsstellen vor allem Jobs, in denen Frauen arbeiten, arbeiten mehr Männer als Frauen als Leiharbeiter. Nur ein Drittel der Leiharbeiter sind Frauen. In Bremen und Niedersachsen gibt es laut DGB knapp 80000 Leiharbeiter. Die Anzahl der Leihfirmen hat sich in den Jahren 1995 bis 2006 verdoppelt – in Bremen und Niedersachsen gab es Anfang 2008 2090 Leiharbeitsfirmen.

Im Durchschnitt gibt es in der Leiharbeit für die gleiche Tätigkeit rund 30 Prozent weniger Lohn. Darum erhält ein Großteil der Arbeiter zusätzlich aufstockend Hartz IV. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2005 stellen Frauen unter den Vollbeschäftigten 35 Prozent, aber das Gros der in Vollzeit beschäftigten Geringverdiener. Männern gelingt der Absprung aus dem Niedriglohnsektor leichter: So schaffte es jeder fünfte Mann binnen sechs Jahren aufzusteigen, bei den Frauen war es jede Zehnte.



Kurze Arbeitszeiten und geringer Lohn

Bremen (hms). Wer wenig verdient, arbeitet immer häufiger in einem Minijob. Das hat die Hans-Böckler-Stiftung festgestellt. 1995 waren unter den Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiteten, nur 14,9 Prozent in Minijobs beschäftigt, 27,2 Prozent hingegen in Teilzeitstelle und 57,6 sogar in Vollzeit. Bis 2006 weitete sich vor allem der Minijob-Bereich stark aus. 29,7 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor kamen aus Minijobs, 24 Prozent arbeiteten in Teilzeit und 46,2 Prozent waren in Vollzeit beschäftigt. Das spiegelt nach Angaben der gewerkschaftsnahen Stiftung den Trend zu immer mehr Minijobs wider, zeige jedoch auch den Trend im Niedriglohnsektor.

Über die Hälfte der berufstätigen Frauen verdienen ihr Geld in unsicheren Jobs

Margareta Steinrück ist Referentin für Arbeitszeit-, Frauen- und Geschlechterpolitik bei der Arbeitnehmerkammer Bremen. Die Expertin beobachtet mit Sorge, dass der Anteil von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen wächst. Über die Ursachen der Frauenarmut und mögliche Lösungen sprach sie mit Tina Groll.

Armut ist in Deutschland ein typisch weibliches Problem – wie hoch ist der Anteil der Frauen, die unter prekären Bedingungen arbeiten?

Margareta Steinrück: In Bremen ist es genau genommen die Mehrheit aller Arbeitnehmerinnen. Wir haben in Deutschland eine Erwerbstätigenquote unter den Frauen von etwa 70 Prozent – aber knapp 54 Prozent von ihnen arbeiten in Bremen unter prekären Verhältnissen – das sind Arbeitsverhältnisse, die unsicher oder nicht existenzsichernd beziehungsweise meist beides sind. Als Marke gilt hier, wer weniger als 9,61 Euro brutto in der Stunde verdient. Der tatsächliche durchschnittliche Niedriglohn liegt aber noch weiter darunter: bei 6,89 Euro in Westdeutschland und 4,86 Euro in Ostdeutschland. Als prekäres Beschäftigungsverhältnis zählen alle Minijobs, Leih-

arbeit, der ganze Niedriglohnsektor, befristete Arbeitsverträge, Soloselbstständigkeit sowie nicht existenzsichernde Teilzeitstellen. Gerade einmal 15,4 Prozent der Männern arbeiten unter solchen Bedingungen.

Wie lebt eine Frau von 4,86 Euro brutto die Stunde?

Sie muss aufstockende Sozialleistungen beantragen. Es ist zudem ein Problem, wenn man bedenkt, dass viele dieser erwerbstätigen Frauen alleinerziehende Mütter sind.

In welchen Branchen gibt es die meisten prekären Beschäftigungsverhältnisse?

Das ist der Einzelhandel, in dem der überwiegende Teil der Angestellten Frauen sind, es ist die Gastronomie, in der ebenfalls viele Frauen arbeiten. Es ist aber auch der Bereich der privaten Dienstleistungen im Haushalt, im Reinigungsgewerbe etc. Diese Jobs machen fast ausschließlich Frauen. Hier haben wir außerdem mit 95 Prozent Schwarzarbeit ein weiteres Problem. Ein Großteil der befristeten Stellen ist im öffentlichen Dienst oder in der Wissenschaft zu finden. 37 Prozent aller Neueinstellungen der letzten Jahre waren befristet.

Aber das sind doch hochqualifizierte Leute...

... ein hoher Bildungsabschluss schützt aber nicht vor prekären Beschäftigungsverhältnissen. Auch hier haben Frauen das Nachsehen – sie wählen immer noch zu stark schlecht bezahlte Frauenberufe oder studieren ein Fach, das in einen tendenziell schlechter bezahlten Beruf führt. Die Hitliste der weiblichen Berufe ist seit Jahrzehnten die gleiche: Arzthelferin, Bürokauffrau, Verkäuferin, Gesundheitswesen, Erzieherin – auch hier gibt es vielfach nur Teilzeitstellen und befristete Verträge. Viele Erzieherinnen haben einen Nebenjob, um über die Runden zu kommen. Dramatisch ist, dass der Niedriglohnsektor wächst – der Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich ist seit 1995 von 15 auf 22 Prozent angestiegen. Deswegen brauchen wir auch dringend einen gesetzlichen Mindestlohn. Bei 7,50 Euro würden davon 20 Prozent aller beschäftigten Frauen und 64 Prozent aller geringfügig Beschäftigten profitieren.

Warum sind vor allem Frauen davon betroffen?

Das ist ein kompliziertes Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Zum einen haben sie eine traditionelle Berufswahl, zum anderen ist das Kinderbetreuungssystem in Deutschland so schlecht, dass es nicht möglich ist, Kinder und Erwerbsarbeit richtig zu vereinbaren. Halbtagskinderbetreuung und Halbtagsschulen sind hierzulande immer noch die Regel. Der Anteil der Frauen in Teilzeitjobs steigt mit der Kinderzahl. Außerdem werden Frauen immer noch auf eine bestimmte Rolle festgelegt. Schließlich macht die Langzeitarbeitskultur den Frauen eine Karriere mit Kindern schlicht unmöglich. In den meisten Betrieben herrscht der patriarchale Wahn, dass nur wer lange arbeitet, auch Karriere machen kann. Darunter leiden auch immer mehr junge Väter.

Liegt es auch daran, dass wir kaum Frauen in Führungspositionen haben?

Vermutlich – es gibt gerade einmal zwei Pro-

zent Frauen in den Führungsetagen der DAX-Unternehmen. Im Arbeitskreis berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen bei der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) haben wir mehrere Diskussionen geführt, unter anderem auch mit dem Wirtschaftssenator. Und immer zeigte sich, dass die Langzeitarbeitskultur das Hauptproblem für Frauen ist, Karriere zu machen – oder überhaupt existenzsichernde Arbeitsstellen zu finden.

Am Freitag, dem 20. März, findet weltweit der Equal Pay Day statt, ein Tag, der auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen aufmerksam macht. In Deutschland beträgt der Lohnunterschied 22 Prozent. In Bremen wird es an diesem Tag ab 16.30 Uhr von den Business und Professional Women (BPW), der ZGF und Arbeitnehmerkammer Bremen auf dem Marktplatz eine „Un-Happy-Hour“ geben, bei der Geschäfte und Lokale aufgefordert sind, bei ihren Kundinnen 22 Prozent weniger zu kassieren. Außerdem gibt es um 17:30 Uhr im Club des Schüttings eine nachgestellte Arbeitsgerichtsverhandlung, in der eine Frau um gleichen Lohn klagt – und anschließend dort eine After Work Party.



Referentin Margareta Steinrück. FOTO: FR